



Ein Grenzschutzbeamter schneidet in der Nähe von Eagle Pass, Texas, Stacheldraht durch. [ROBERT GAUTHIER/LOS ANGELES TIMES VIA GETTY IMAGES]

Gesetzlosigkeit nach Plan

Das radikale Obama-Biden-Regime stiftet Chaos an der Südgrenze, um einen Bürgerkrieg zu provozieren.

- Stephen Flurry und Andrew Miiller
- [12.04.2024](#)

Die radikale Regierung in Washington, D.C., ist nicht inkompetent: Sie ist unmoralisch. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat die verfassungsmäßige Pflicht, die Gesetze zum Schutz der 50 Staaten durchzusetzen, einschließlich der Einwanderungsgesetze, die die US-Bürger vor ausländischen Eindringlingen schützen sollen. Trotz dieser Verantwortung hat die Biden-Regierung 7,3 Millionen Ausländern erlaubt, die südliche Grenze der USA zu überqueren, seit Joe Biden seinen Amtseid abgelegt hat.

Diese Zahl ist größer als die Bevölkerung in 36 der 50 Bundesstaaten. Und wenn sich das Tempo der illegalen Einwanderung nicht drastisch verlangsamt, wird das Fiskaljahr 2024 den letztjährigen Rekord von 2 475 669 Begegnungen an der südwestlichen Grenze brechen.

PT_DE

Diese Nachlässigkeit hat reale Konsequenzen. Lateinamerikanische Drogenhandelsnetze breiten sich in der Nation aus, die Zahl der Todesfälle durch Drogenüberdosierung steigt, und Mädchen im Alter von *11 Jahren* werden als Sexsklaven verkauft.

Doch eine der am meisten übersehenen Folgen von Bidens absichtlicher Grenzkatastrophe ist die *Verfassungskrise*.

Eine Verfassung ist eine Reihe von Prinzipien, nach denen ein Staat regiert wird. Im Rahmen einer Verfassung geben die Bürger bestimmte Rechte an die Regierung ab und erhalten dafür Sicherheit. Jeder der 50 Bundesstaaten hat auf das Recht verzichtet, Verträge mit ausländischen Mächten zu schließen und Krieg zu führen, es sei denn, er wird tatsächlich angegriffen (Artikel I, Abschnitt 10, Satz 3 der US-Verfassung). Im Gegenzug für diese Zugeständnisse hat die Bundesregierung jedem Staat in der Union eine republikanische Regierungsform und den Schutz des Bundes vor einer ausländischen Invasion garantiert.

Mit seiner Weigerung, die Südgrenze der USA zu schließen, hat Joe Biden seinen Eid verletzt, die vom Kongress erlassenen Einwanderungsgesetze getreu auszuführen, und den grundlegenden Vertrag zwischen der Bundesregierung und den Bundesstaaten gebrochen. Dies schafft eine ernste Verfassungskrise. Doch das ist nur der Anfang des verräterischen Verhaltens des Biden-Regimes.

Die Biden-Administration weigert sich nicht nur, das US-Einwanderungsgesetz selbst durchzusetzen, sondern macht jetzt auch noch mobil, um den Bundesstaat Texas daran zu hindern, das Gesetz durchzusetzen. Es ist nicht so, dass die Biden-

Administration zu faul oder inkompetent ist, ihre Arbeit zu erledigen. Vielmehr steht die Biden-Regierung auf der Seite der illegalen Einwanderer!

Schlacht um Texas

An seinem ersten Nachmittag im Amt unterzeichnete Biden 17 Durchführungsverordnungen, die die Pandemiebekämpfung, die Umweltpläne, die Wirtschaftsagenda und die Einwanderungspolitik von Präsident Donald Trump über den Haufen werfen. Eine dieser Durchführungsverordnungen stoppte den Bau von Trumps Grenzmauer zu Mexiko und ermutigte eine Karawane von 8000 mittelamerikanischen Migranten, sich auf den Weg in die Vereinigten Staaten zu machen. Als Biden nichts unternahm, um diese Karawane zu stoppen, versechsfachten sich die illegalen Grenzübertritte in den Süden – von 1000 pro Tag auf mehr als 6000 pro Tag.

Der texanische Gouverneur Greg Abbott hat mehr als ein Jahr darauf gewartet, dass die Regierung Biden ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nachkommt. Doch angesichts von Millionen von Menschen aus mehr als 160 Ländern, die die Grenze überqueren, konnte Abbott es sich nicht leisten, noch länger zu warten. Er erließ am 7. Juli 2022 eine Durchführungsverordnung, die die texanische Nationalgarde und das texanische Ministerium für öffentliche Sicherheit ermächtigte, Migranten zu verhaften und nach Mexiko abzuschicken.

Abbott berief sich auf die US-Verfassung und sagte, Bidens Weigerung, Texas vor einer Invasion zu schützen, „hat den Bundesstaat Texas gezwungen, eine Grenzmauer zu bauen, staatliche Streitkräfte einzusetzen und Vereinbarungen zu treffen, wie sie in Artikel I, Abschnitt 10 der US-Verfassung beschrieben sind, um den Bundesstaat Texas zu sichern und die illegale Einwanderung abzuwehren, die die Kartelle finanziert.“ Es ist schwer, seiner Argumentation zu widersprechen. Die südliche Grenze wird überfallen.

Texas hat außerdem begonnen, entlang des Rio Grande Stacheldraht zu installieren, um illegale Einwanderer von der Überquerung abzuhalten. Anstatt sich bei Texas dafür zu bedanken, dass es seine Arbeit gemacht hat, sind Bundesgrenzschutzbeamte hinter den texanischen Beamten hergefahren, um den Draht zu entfernen oder zu zerschneiden. Der texanische Generalstaatsanwalt Ken Paxton verklagte die Regierung Biden wegen dieses gesetzeswidrigen Verhaltens, doch im November lehnte ein Bundesrichter seinen Antrag ab, die Grenzpatrouille daran zu hindern, die Grenze wieder zu öffnen.

Paxton legte gegen diese Entscheidung Berufung beim Obersten Gerichtshof der USA ein. Am 22. Januar erließ das Gericht eine Entscheidung, die es der Grenzpatrouille erlaubt, Bidens Anordnungen weiterhin auszuführen. Diese Entscheidung ist wahrscheinlich nicht das letzte Wort des Gerichts in dieser Angelegenheit.

Diese Klage offenbart den gesetzlosen Geist der Biden-Regierung. In den letzten drei Jahren hat Texas 11 Millionen Dollar für 70 000 Rollen Stacheldraht ausgegeben, und die Biden-Regierung hat buchstäblich staatliches Eigentum zerstört, um die wenigen Hindernisse zu beseitigen, die es für Millionen illegaler Einwanderer gibt, um das Land zu infiltrieren. Anstatt Texas vor Eindringlingen zu schützen, erleichtert Biden die Invasion.

Wir haben jetzt eine Verfassungskrise im Gange. Am 24. Januar gab Gouverneur Abbott eine Erklärung ab, dass die Regierung Biden „den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und den Staaten gebrochen hat“. Und da Artikel I, Abschnitt 10, Satz 3 der US-Verfassung besagt: „Kein Staat darf ohne die Zustimmung des Kongresses ... ein Abkommen oder einen Vertrag mit einem anderen Staat oder einer ausländischen Macht schließen oder sich an einem Krieg beteiligen, es sei denn, er wird tatsächlich überfallen“, weist Abbott die texanische Nationalgarde an, weiterhin Stacheldraht auszurollen, um die Invasion aufzuhalten.

Grundlegende Transformation

Viele Menschen verstehen nicht, was die Regierung Biden mit ihrem Kampf gegen Texas in dieser Frage bezweckt. Am 23. Januar stellte ein Reporter von Fox News dem Sprecher für Nationale Sicherheit, John Kirby, die Frage, die Millionen von Amerikanern beschäftigt: „Warum machen Sie es den Menschen leichter, illegal ins Land zu kommen?“ Kirby wich der Frage zunächst aus, gab aber schließlich zu, dass die Grenzpatrouille den Draht durchschneidet, um „den Zugang zu erhalten, den sie brauchen, um die Menschen, die versuchen, über die Grenze zu kommen, besser zu bearbeiten.“

Sie haben richtig gelesen! Die Grenzpatrouille will nicht, dass der Stacheldraht als Abschreckung gegen die illegale Einreise dient. Vielmehr wollen sie den Zustrom illegaler Einwanderer über die Grenze ins Landesinnere erleichtern. Seit Januar 2021 hat die Regierung Biden fast 3,5 Millionen Menschen mit der Anweisung in die Vereinigten Staaten entlassen, zu einem späteren Zeitpunkt zu ihrer Gerichtsverhandlung wiederzukommen, obwohl sie weiß, dass die meisten nicht erscheinen werden.

Trevor Loudon, ein Kommunismusexperte und Mitarbeiter der *Epoch Times*, hat festgestellt, dass es nur 15 bis 25 Millionen zusätzliche Wähler der Demokraten bräuchte, um Amerika in eine Einparteiendiktatur zu verwandeln, und dass der beste Weg, diese Wähler zu gewinnen, die Öffnung der Südgrenze ist. Biden ist es also egal, dass eine Mehrheit der Amerikaner seinen Umgang mit der Grenzkrise missbilligt, denn er versucht nicht, seine Beliebtheit bei den Amerikanern zu steigern. Illegale Einwanderung und Wahlbetrug sind Mittel, um an der Macht zu bleiben.

Viele Grenzbeamte sind wütend über die Befehle von Biden und dem Minister für Innere Sicherheit, Alejandro Mayorkas (der wegen seiner Rolle in der Grenzkrise vom Repräsentantenhaus angeklagt wurde). Wenn Sie ein Grenzschutzbeamter sind, müssen Sie sich entscheiden, ob Sie die Befehle zur Öffnung der Grenze befolgen oder ob Sie die Befehle missachten, in

interne Streitigkeiten verfallen und den Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit in Amerika vorantreiben.

Dies ist genau die Art von Dilemma zwischen Gesetzlosigkeit und Gesetzlosigkeit, die Joe Biden und noch viel mehr Barack Obama gerne mit ihrer Macht durchsetzen! Biden hat „Maga-Republikaner“ mit islamistischen Terroristen verglichen, während Obama sie als verbitterte Menschen bezeichnet hat, die sich an Waffen und Religion klammern. Diese Führer wollen die konservativen Amerikaner nicht vor Drogenkartellen und Latino-Sozialisten schützen. Ihr Ziel ist es, die illegale Einwanderung als Waffe einzusetzen, um Amerika grundlegend in eine sozialistische Nation zu verwandeln.

Wie andere Radikale glaubt auch Obama, dass Amerika eine rassistische Gesellschaft ist, die ihre Schandtaten durch besondere Zugeständnisse, umfassende Reparationen und einen Kulturkrieg sühnen muss. Aber er weiß, dass er diesen Radikalismus verschleiern muss. Also versucht er, es so aussehen zu lassen, als sei die Grenzkrise das Ergebnis der Inkompetenz seines senilen Marionettenpräsidenten Joe Biden, während es sich in Wirklichkeit um einen kalkulierten Angriff auf die amerikanischen Bürger handelt, der einen Bürgerkrieg mit allen Konservativen provozieren soll, die genug Mumm besitzen, die Verfassung zu verteidigen.

Ziviler Ungehorsam

Sechszwanzig republikanische Generalstaatsanwälte haben am 29. Januar einen Brief an die Regierung Biden geschickt, in dem sie die Entscheidung von Gouverneur Abbott verteidigen, weiterhin Stacheldraht zu verlegen, und Biden auffordern, „die Gesetze durchzusetzen, die die südliche Grenze sichern“. Die Generalstaatsanwälte vertreten Alabama, Alaska, Arkansas, Florida, Georgia, Idaho, Indiana, Iowa, Kansas, Kentucky, Louisiana, Mississippi, Missouri, Montana, Nebraska, New Hampshire, North Dakota, Ohio, Oklahoma, South Carolina, South Dakota, Tennessee, Utah, Virginia, West Virginia und Wyoming. Das bedeutet, dass eine Mehrheit der Staaten glaubt, dass wir uns in einer Verfassungskrise befinden.

„Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass dies die schlimmste Verfassungskrise seit dem Bürgerkrieg ist und dass wir uns jetzt in unbekanntem Gewässern befinden“, schrieb der *Federalist*. „Es gab in unserer Geschichte Zeiten, in denen sich ein Staat der Durchsetzung von Bundesgesetzen widersetzt hat, aber wir waren noch nie mit einer Situation konfrontiert, in der die Bundesregierung *sich geweigert hat*, ihre Gesetze durchzusetzen und sie sogar verletzt hat. Und da es bei der Grenzkrise um die Frage der Sicherheit geht, trifft Abbotts Behauptung der staatlichen Autorität genau den Kern der Frage, um die es hier geht, nämlich eine Frage der ersten Prinzipien: Hat ein Gemeinwesen das Recht, sich zu verteidigen, seine Existenz angesichts einer Invasion zu bewahren?“ (25. Januar).

Dies ist eine ernste Frage! Gouverneur Abbott hat Recht, dass Artikel IV der US-Verfassung jedem Bundesstaat garantiert, dass die Zentralregierung „jeden von ihnen gegen eine Invasion schützen muss“. Und er hat Recht, dass Biden diesen Vertrag gebrochen hat, und das nicht aus Versehen. Die Generalstaatsanwälte können das sehen. Aber die Frage bleibt: Was werden diese Staaten tun, wenn die Regierung Biden die Verfassung der USA weiter mit Füßen tritt? Werden sie aufgeben und zulassen, dass radikale Demokraten weiterhin mittelamerikanische Wähler importieren, bis Amerika so sozialistisch ist wie Nicaragua? Oder werden sie dem Beispiel von Texas folgen und sich der Bundesregierung widersetzen, wenn es sein muss?

Abbott hat sicherlich reichlich rechtliche Gründe, sich über die Biden-Regierung hinwegzusetzen. Doch so wie ein Grenzschutzbeamter, der sich über Befehle hinwegsetzt, einen gefährlichen Präzedenzfall schafft, schafft auch ein Staat, der sich über Befehle hinwegsetzt, einen gefährlichen Präzedenzfall. Wenn andere Staaten anfangen, *verfassungsgemäße* Anordnungen der Bundesregierung zu missachten, wird das, was von der Rechtsstaatlichkeit übrig geblieben ist, schließlich der Anarchie oder der Herrschaft der rohen Gewalt weichen. Barack Obama hat unerbittlich auf beide Ziele hingearbeitet.

In seiner Erklärung vom 24. Januar wies Abbott darauf hin, dass Artikel IV der US-Verfassung festlegt, dass ein Staat „nicht in den Krieg eintreten darf, es sei denn, er ist tatsächlich überfallen worden oder befindet sich in einer so unmittelbaren Gefahr, dass ein Aufschub nicht möglich ist“. Diese Notfallbestimmung wurde von den Gründervätern aufgenommen, damit ein Staat einen Überraschungsangriff abwehren kann, auf den die Bundesregierung nicht vorbereitet war. Jetzt beruft sich Texas auf eine *Kriegsklausel*, um eine Invasion abzuwehren – eine Invasion, die von Radikalen in der Bundesregierung zu finsternen Zwecken aktiv unterstützt wird.

Wenn Staaten anfangen, sich auf Artikel IV, Abschnitt 4 der US-Verfassung zu berufen, wird es ernst! Im amerikanischen Bürgerkrieg starben mehr als 600 000 Menschen; ein zweiter Bürgerkrieg wäre wahrscheinlich noch tödlicher!

Bürgerkrieg

Die Grenzkrise ist eines von mehreren Themen, die Amerika tief spalten. Könnte dies, zusammen mit der Krise um die gestohlenen Wahlen, Donald Trump dazu veranlassen, einige Staaten zur Abspaltung zu bewegen?

In seinem Artikel „Was wird passieren, nachdem Trump die Macht zurückerhalten hat?“ vom Juli 2021 erklärte unser Chefredakteur, dass Präsident Donald Trump der rechtmäßige Gewinner der Wahl 2020 sei. Er sagte weiter, dass die Bibel die Rückkehr Trumps an die Macht prophezeit, doch es kann „beträchtliche Arbeit erfordern. Es muss nicht unbedingt eine militärische Aktion sein, aber sicherlich wäre auch das möglich. Präsident Trump könnte auch einige Staaten dazu bringen, aus der Union auszutreten. Auch das würde zu einer Art Krieg führen.“

Doch selbst wenn Amerikas Verfassungskrise nicht in einer buchstäblichen Sezession endet, wie es im ersten Bürgerkrieg geschah, prophezeit die Bibel, dass eine tiefe politische Spaltung die Nation zerstören wird, wenn sich die Situation nicht

drastisch ändert.

In diesem Artikel wurde weiter erklärt, dass Präsident Trump ein Abbild von König Jerobeam II. in 2. Könige 14, 26-28 ist, wo es heißt: „Denn der Herr sah den bitteren Jammer Israels an, dass sie bis auf den letzten Mann dahin waren und kein Helfer in Israel war. Und der Herr hatte nicht gesagt, dass er den Namen Israels austilgen wollte unter dem Himmel, und errettete sie durch Jerobeam, den Sohn des Joasch. Was aber mehr von Jerobeam zu sagen ist und alles, was er getan hat, und seine tapferen Taten, wie er gekämpft hat und wie er Damaskus und Hamat wieder an Israel gebracht hat, siehe, das steht geschrieben in der Chronik der Könige von Israel.“

Das bedeutet, dass Präsident Trump darum kämpfen muss, das ihm gestohlene Amt wiederzuerlangen. Er kämpft bereits gegen „Lawfare“ (Rechtsstreitigkeiten) und wird wahrscheinlich auch gegen „Warfare“ (Kriegsführung) kämpfen müssen.

Eine Prophezeiung in Hesekiel 5, 12 besagt, dass *ein Drittel* der Bevölkerung des endzeitlichen Amerikas und Großbritanniens an der Pest, dem Hunger und der Gewalt sterben wird, die aus dem Bürgerkrieg resultieren werden. Das entspricht mehr als 100 Millionen Toten durch Unruhen und Kriege in den USA – 170 Mal mehr als im ersten Bürgerkrieg! (Fordern Sie unser kostenloses Buch *Ezekiel—The End-Time Prophet* [Hesekiel – Der Prophet der Endzeit; derzeit nur in Englisch verfügbar] an, um mehr über diese Prophezeiung zu erfahren). Eine solch monströse Zahl von Toten ist nicht das Ergebnis einer bloßen Verbrechenswelle oder politischer Proteste. Diese Art von Fluch erfordert rivalisierende, miteinander verfeindete militärische Kräfte, was auf eine tiefe Spaltung sogar innerhalb des Militärs hindeutet.

Präsident Trump könnte die Grenze abriegeln, wenn er ins Amt zurückkehrt, aber er kann die tiefe politische Spaltung zwischen roten und blauen Staaten nicht heilen. Nur Gott kann diese Spaltung heilen, aber zuerst müssen alle Amerikaner verstehen, warum eine solche Korruption in unserer Regierung Wurzeln geschlagen hat. Ob Sie nun Demokrat oder Republikaner sind, Sie müssen Gottes Warnung erkennen und sich der einzigen verbliebenen Hoffnung zuwenden: Reue zu Gott!